Haushaltsrede 2027

Liebe Mitglieder des Rates,
liebe Bürgerinnen und Bürger,

heute bitte ich Sie um die Bereitschaft, Entscheidungen zu treffen, die uns nicht leichtfallen werden.

Nach unserer vorliegenden Haushaltsplanung führt an der Haushaltssicherung kein Weg mehr vorbei. Wir müssen gemeinsam dafür sorgen, dass Nottuln auch in Zukunft seine Aufgaben erfüllen und sich weiterentwickeln kann.

Das wird Einschnitte verlangen. Aber wir haben es in der Hand, diesen Prozess mit klaren Prioritäten, mit nachvollziehbaren Entscheidungen und mit einer Perspektive für unsere Gemeinde zu gestalten. Ich möchte, dass wir diese Verantwortung gemeinsam übernehmen.

Die Lage, in der wir uns befinden, reicht weit über Nottuln hinaus: Deutschland erlebt eine historische Krise der Kommunalfinanzen. Nach den vorläufigen Zahlen des Statistischen Bundesamtes verzeichneten die Gemeinden und Gemeindeverbände im Jahr 2025 ein Finanzierungsdefizit von 31,9 Milliarden Euro. Das ist der höchste Wert seit der deutschen Vereinigung. Schon 2024 war ein Rekordjahr. Die Lücke ist seitdem aber noch einmal größer geworden.

Auch der Kreis Coesfeld und unsere Nachbarkommunen stehen unter erheblichem finanziellem Druck. Die elf Städte und Gemeinden im Kreisgebiet rechnen bereits für 2026 mit einem gemeinsamen Haushaltsdefizit von rund 52 Millionen Euro.

Der Kreis Coesfeld erwartet für 2027 eine zusätzliche finanzielle Belastung der kreisangehörigen Kommunen von rund 9,75 Millionen Euro gegenüber dem Vorjahr. In Senden weist die bisherige Finanzplanung für 2027 einen Fehlbetrag von rund 4,5 Millionen Euro aus. In Dülmen lag das Defizit schon in diesem Jahr 2026 bei 13,1 Millionen Euro.

Diese Zahlen machen deutlich: Die finanziellen Schwierigkeiten Nottulns sind kein Einzelfall. Wir erleben eine strukturelle Krise der kommunalen Finanzen, die längst die gesamte Region erfasst hat.

Die Ausgangslagen unterscheiden sich, aber sie zeigen, dass selbst unsere wirtschaftlich starke Region die Entwicklung nicht mehr auffangen kann. Auf immer mehr Aufgaben treffen Einnahmen, die mit den Kosten nicht mehr Schritt halten.

Das erklärt unsere Situation, aber es nimmt uns die Verantwortung für unseren eigenen Haushalt nicht ab.

Wir haben in den vergangenen Jahren bereits gespart. Wir haben Investitionen verschoben, Ausgaben begrenzt und Vorhaben neu geordnet. Wir haben auch die vorgesehenen Planungshilfen genutzt, zum Beispiel den globalen Minderaufwand. Das hat uns Zeit verschafft. Trotz jeweils zwei interner Runden in allen

Fachbereichen und einer intensiven Suche nach Einsparpotenzialen reicht es für den kommenden Haushalt aber nun nicht mehr aus.

Ich will Ihnen nichts vormachen: Der Prozess, der vor uns liegt, wird wehtun. Wir werden auf manches verzichten müssen, das uns vertraut und wichtig geworden ist. Wir werden Angebote begrenzen, Standards absenken und auch Aufgaben beenden müssen, soweit wir darüber selbst entscheiden können.

Dabei ist mir eines wichtig: Hinter unseren Ausgaben stehen Leistungen für Nottuln. Es geht um Bildung, Sicherheit, soziale Unterstützung, Kultur und das Zusammenleben in unseren Ortsteilen. Die allermeisten Ausgaben haben einen guten und nachvollziehbaren Zweck.
Aber ein guter Zweck beantwortet noch nicht die Frage, ob wir uns eine Leistung dauerhaft im bisherigen Umfang leisten können. Wir müssen prüfen, welche Wirkung sie erzielt, welche günstigeren Wege es gibt und was Vorrang haben muss.

Für die Beratungen schlage ich deshalb einen verbindlichen Maßstab vor: Wir prüfen Aufgaben und Standards systematisch, beziffern die möglichen Entlastungen und benennen zugleich die Folgen. Jede Konsolidierungsmaßnahme braucht einen realistischen Zeitplan und eine klare Verantwortung.

Eine pauschale Kürzung wird nicht ausreichen. Manche Angebote haben für vergleichsweise wenig Geld eine große Wirkung. An anderer Stelle lassen sich durch eine andere Organisation, gemeinsam genutzte Räume oder Zusammenarbeit mit Nachbarkommunen größere Entlastungen erreichen. Wir müssen genau hinsehen und dann entscheiden.

Abläufe, Aufgabenverteilung und Personaleinsatz gehören auf den Prüfstand. Wir dürfen und können unseren Mitarbeiter:innen allerdings nicht mehr Arbeit mit immer weniger Ressourcen abverlangen. Manche Aufgaben in unserer vergleichsweise kleinen Verwaltung sind schon mit nur einer Personalkapazität ausgestattet. Wenn wir Kapazitäten reduzieren, müssen wir auch festlegen, welche Aufgaben entfallen oder in einem geringeren Standard erbracht werden.

Unsere Bürger:innen haben Anspruch auf eine ehrliche Erklärung. Wenn Angebote eingeschränkt werden, müssen wir sagen, was sich verändert und warum. Wir müssen Einwände anhören, Auswirkungen abwägen und die besonders verletzlichen Menschen und Gruppen im Blick behalten. Beteiligung kann Entscheidungen verbessern. Die Verantwortung aber für diese Entscheidungen tragen wir hier im Rat.

Gerade deshalb bitte ich Sie: Prüfen wir auch Vorschläge, die die eigenen politischen Anliegen berühren: Jede Fraktion wird Dinge verteidigen wollen, die ihr besonders wichtig sind. Ein tragfähiger Haushalt entsteht aber nur, wenn wir gemeinsam Prioritäten setzen und die Konsequenzen gemeinsam und über Parteigrenzen hinweg vertreten.

Natürlich müssen unsere Schulen saniert und Brücken repariert werden. Dafür können langfristige Kredite sinnvoll und notwendig sein. Aber ich möchte es anders als die Bundespolitik machen: Kredite ersetzen keine ehrliche Debatte darüber, was sich unsere Gemeinde noch leisten kann. Zinsen, Tilgung und der spätere Betrieb müssen aus den kommenden Haushalten getragen werden.

Geld kann man sich leihen – politisches Rückgrat nicht.

Ich schließe mich dabei ausdrücklich ein. Als Bürgermeister muss ich Ihnen Vorschläge vorlegen, Belastungen offen benennen und für Entscheidungen einstehen.
Ich erwarte von Ihnen keine Zustimmung ohne Diskussion. Ich bitte Sie um eine faire und ungeschönte Debatte, an deren Ende tragfähige Entscheidungen stehen.

Nottuln soll sich weiterentwickeln. Gerade deshalb müssen wir das knappe Geld klug einsetzen. Haushaltssicherung verlangt von uns, genau zu unterscheiden: Welche Ausgabe bindet uns dauerhaft, und welche Investition stärkt unsere Gemeinde oder senkt künftig ihre Kosten?

Das Integrierte Städtebauliche Entwicklungskonzept (ISEK) bietet hierfür Chancen. 60 Prozent Förderung – oder in der Haushaltssicherung sogar 70 Prozent – helfen uns: 30 oder 40 Euro gemeindlicher Eigenanteil ermöglichen nämlich ein Investitionsvolumen von 100 Euro. Auf diese Weise erreichen wir mit eigenen Mitteln deutlich mehr.

Die Förderquote allein macht ein Projekt allerdings auch noch nicht wirtschaftlich. Eigenanteil, Finanzierung und sämtliche Folgekosten müssen tragbar sein.
Besonders interessant sind Vorhaben, die Nutzungen zusammenführen und dadurch bisherige Mietflächen entbehrlich machen.
Wenn wir Gebäude abmieten und laufende Kosten reduzieren können, verbindet sich städtebauliche Entwicklung mit einer dauerhaften Entlastung des Haushalts.

Wir müssen auch unterscheiden zwischen Ausgaben, die wir vermeiden können, und Belastungen, auf die wir uns vorbereiten müssen.
Klimafolgen verursachen Kosten: für den Umgang mit Starkregen, für Hitzeschutz und für den Erhalt unserer Infrastruktur. Vorsorge kostet Geld.
Unterlassene Vorsorge kann später deutlich höhere Schäden verursachen. Auch hier brauchen wir eine nachvollziehbare Priorisierung nach Risiko und Wirkung.

Ähnliches gilt für die Digitalisierung. Sie benötigt zunächst Geld, Arbeitszeit, Schulungen und die Überarbeitung von Prozessen. Die Entlastung entsteht erst dann, wenn Verfahren durchgängig funktionieren und bisherige Arbeitsschritte tatsächlich entfallen.
Wir sollten deshalb gezielt dort investieren, wo sich ein konkreter Nutzen für Mitarbeiter:innen und Bürger:innen erreichen lässt.

Neben der Ausgabenseite müssen wir unsere Ertragsbasis stärken. Nottuln hat Potenzial, das wir aus eigener Kraft entwickeln können. Mit geeigneten Gewerbeflächen geben wir bestehenden Unternehmen Raum und schaffen Möglichkeiten für neue Betriebe. Daraus können Arbeitsplätze und zusätzliche Gewerbesteuererträge entstehen. Der eingeschlagene Weg ist also richtig und gut.

Auch die Entwicklung von Wohnraum gehört dazu. Neue Baugebiete und die Bauprojekte der Lerchenhorst eG eröffnen Menschen die Möglichkeit, in Nottuln und seinen Ortsteilen zu wohnen.
Ich freue mich besonders, wenn Menschen hier ein Zuhause finden, die durch ihren Arbeitsplatz, ihre Familie oder ihr Engagement längst mit unserer Gemeinde verbunden sind – egal, wo sie herkommen.

Bezahlbarer Wohnraum hilft zugleich unseren Unternehmen, Mitarbeiter:innen zu gewinnen und zu halten. Wer hier arbeiten soll, braucht auch eine realistische Möglichkeit, hier zu leben. Eine solche Entwicklung kann langfristig unseren Gemeindeanteil an der
Einkommensteuer stärken.

Wir müssen dabei vollständig rechnen: Erschließung und zusätzliche Infrastruktur kosten ebenfalls Geld. Die erhofften Erträge der Zukunft können die heutigen Lücken noch nicht schließen. Aber ohne Investitionen in unsere Ertragskraft blieben diese Lücken dauerhaft schwerer zu bewältigen.

Eine weitere Chance liegt in der Windenergie. Die vereinbarten Zahlungen nach dem EEG und künftige Gewerbesteuererträge können unseren Haushalt stärken. Beteiligungsvereinbarungen, wie zuletzt beim Bürgerwindpark Nottuln-Gladbeck, eröffnen zusätzlich die Möglichkeit, konkrete Verbesserungen für die Menschen vor Ort zu finanzieren.

Diese Vorteile sollen sichtbar werden: Durch Maßnahmen, die unseren Ortsteilen zugutekommen, durch Unterstützung für Klimaschutz und Klimaanpassung oder für andere örtliche Vorhaben im Rahmen der jeweiligen Vereinbarungen. Dabei müssen wir sauber unterscheiden zwischen Einnahmen der Gemeinde und finanziellen Beteiligungsmöglichkeiten für einzelne Bürger:innen.
Beides ist wertvoll, aber nicht dasselbe.
Auch hier gilt: Wir planen umsichtig. So können Windenergie und örtliche Wertschöpfung zu einer verlässlicheren finanziellen Zukunft beitragen.

Bei aller eigenen Anstrengung müssen wir ebenso klar über die Verantwortung von Bund und Land sprechen. Die sozialen Aufgaben wachsen, und mit ihnen die Kosten. Das belastet den Kreis und den Landschaftsverband – und über die Umlagen schließlich unsere Gemeinde.

Der Kreis Coesfeld muss für 2027 mit einer Landschaftsumlage von voraussichtlich rund 87,2 Millionen Euro rechnen. Das sind rund 3,7 Millionen Euro mehr als im Haushalt 2026. Für 2027 sieht der Haushaltsentwurf des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe bereits einen Anstieg des Hebesatzes von 17,8 auf 18,6 Prozent vor. Beschlossen ist das noch nicht. Aber der Entwurf zeigt deutlich, wie groß der weitere finanzielle Druck ist.

Nottuln zahlt die Landschaftsumlage nicht unmittelbar. Wir tragen ihre Finanzierung jedoch über die Kreisumlage mit. Eine Kostensteigerung beim Landschaftsverband kann deshalb indirekt bis in unseren Gemeindehaushalt durchschlagen.

Dabei dürfen wir nicht übersehen, dass sowohl der Kreis als auch der Landschaftsverband in erheblichem Umfang gesetzliche Aufgaben erfüllen, insbesondere im sozialen Bereich. Die damit verbundenen Ausgaben sind vielfach nicht frei gestaltbar. Genau darin liegt ein grundlegendes Problem der kommunalen Finanzierung: Die Kosten gesetzlich vorgegebener Aufgaben steigen, ohne dass die dafür notwendigen finanziellen Mittel im gleichen Umfang zur Verfügung gestellt werden.

Wir brauchen Sozialreformen, die Hilfe wirksamer machen, Zuständigkeiten vereinfachen und unnötigen Verwaltungsaufwand verringern. Menschen, die Unterstützung benötigen, müssen sich auf diese Unterstützung verlassen können.

Zusätzlich brauchen wir eine verlässliche Finanzierung der gesamtstaatlich veranlassten sozialen Leistungen durch Bund und Land. Entlastungen müssen tatsächlich bei den kommunalen Trägern ankommen. Nur dann können sie auch den Finanzierungsdruck auf Landschafts- und Kreisumlage begrenzen. Eine Einsparung im Bundeshaushalt hilft uns wenig, wenn die Kosten anschließend bei den Kommunen landen.

Liebe Ratsmitglieder,
in der Haushaltssicherung liegt dann eine Chance, wenn wir sie nutzen, um unsere Prioritäten verbindlich zu klären und die Voraussetzungen schaffen, künftig wieder mehr aus eigener Kraft gestalten zu können. Ich bitte Sie deshalb, den Konsolidierungsprozess konstruktiv mitzutragen.

Wir werden nicht alles erhalten können, wie es heute ist. Aber wir können dafür sorgen, dass unsere Gemeinde ihre wesentlichen Aufgaben erfüllt, Entwicklung ermöglicht und ihre finanzielle Handlungsfähigkeit zurückgewinnt.

Dafür übernehme ich als Bürgermeister Verantwortung.
Und dafür bitte ich um Ihre Unterstützung.

Vielen Dank.